

Wochenbericht

Ausbildung ausweiten und effektiver gestalten

Wegen einer steigenden Bildungsbeteiligung ist das Erwerbspersonenpotential der jungen Menschen in den letzten Jahren gesunken. Aufgrund des Nachrückens geburtenschwacher Jahrgänge wird die Bedeutung der Jüngeren für den Arbeitsmarkt alsbald noch mehr abnehmen. Die Konsequenzen der demografischen Veränderung zeigen sich aber erst mit einer Zeitverzögerung. So wird es für eine kurze Zeit noch einen Überhang an bisher unversorgten Ausbildungsplatzbewerbern geben. Zudem steigt die Zahl der jungen Menschen, die lange im Bildungswesen bleiben.

Karl Brenke
kbrenke@diw.de

Dieser Zeitaufschub sollte Politik und Unternehmen nicht zum Abwarten verleiten – vielmehr sind sie schon jetzt gefordert: Bei der Bildungsplanung ist auf eine Verkürzung der Ausbildungszeiten hinzuwirken. Für Unternehmen stellt sich die Aufgabe, den künftigen Bedarf an Fachkräften zu sichern und sich deshalb mehr als bisher in der betrieblichen Ausbildung zu engagieren. Problematisch ist, dass ein erheblicher Teil der Jugendlichen die Schule ohne einen Hauptschulabschluss verlässt.

Trend zu höheren Schulabschlüssen

Die Abgänge aus den allgemeinbildenden Schulen steigen in Deutschland seit Mitte der 90er Jahre, auch weil die Bevölkerungszahl in den entsprechenden Altersgruppen wächst (Abbildungen 1 und 2). Seit 2000 zeigt sich zudem eine Verschiebung hin zu höheren Schulabschlüssen. So hat der Anteil der Schulabgänger mit einem Realschulabschluss zugenommen (Tabelle 1), dafür gibt es weniger Abgänger, die eine Hauptschule erfolgreich beendet haben. Die Zahl derer, die die Schule ohne einen Abschluss verlassen, ist absolut zwar gesunken, gleichwohl ist sie immer noch recht hoch.

Zwischen West- und Ostdeutschland gibt es ausgeprägte Unterschiede. Die neuen Bundesländer (einschließlich Berlins) verzeichnen seit 2000 einen Rückgang bei den Abgängern aus allgemeinbildenden Schulen. Zum Teil ist dies auf den gestiegenen Anteil an Abiturienten zurückzuführen, die längere Zeit im Schulbildungssystem verbleiben. Alarmierend ist, dass in den neuen Bundesländern relativ viele Jugendliche ohne einen Hauptschulabschluss die Schule verlassen. Besonders groß ist deren Anteil in Sachsen-Anhalt (fast 12%), am geringsten ist er in Thüringen (8%). Aber auch im Westen, in Hamburg, werden 12% erreicht. In Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen ist der Anteil mit knapp 7% am geringsten.

Inhalt

**Ausbildung ausweiten
und effektiver gestalten**
Seite **437**

**Ökonomische Wirkungen
der Fußball-WM 2006 in
Deutschland zum Teil
überschätzt**
Seite **445**

Tabelle 1

Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen nach ihrem Bildungsabschluss

Anteile in %

	1996	1998	2000	2002	2005
Deutschland	100	100	100	100	100
Ohne Hauptschulabschluss	8,8	9,0	9,2	9,1	8,2
Mit Hauptschulabschluss	27,1	26,5	25,4	25,5	24,8
Mit Realschulabschluss	39,2	40,1	39,7	40,3	41,6
Mit Fachhochschulreife	0,7	0,9	1,1	1,3	1,3
Mit allgemeiner Hochschulreife	24,2	23,5	24,5	23,8	24,1
Westdeutschland	100	100	100	100	100
Ohne Hauptschulabschluss	8,2	8,3	8,4	8,5	7,7
Mit Hauptschulabschluss	30,8	29,8	28,5	28,7	27,3
Mit Realschulabschluss	36,9	38,5	38,0	38,0	40,4
Mit Fachhochschulreife	0,9	1,1	1,3	1,6	1,5
Mit allgemeiner Hochschulreife	23,2	22,4	23,7	23,1	23,0
Ostdeutschland	100	100	100	100	100
Ohne Hauptschulabschluss	10,5	11,0	11,6	10,9	9,7
Mit Hauptschulabschluss	16,5	17,0	16,4	15,7	15,8
Mit Realschulabschluss	45,7	44,8	44,8	47,1	45,9
Mit Fachhochschulreife	0,3	0,4	0,5	0,3	0,4
Mit allgemeiner Hochschulreife	27,0	26,8	26,8	26,0	28,2

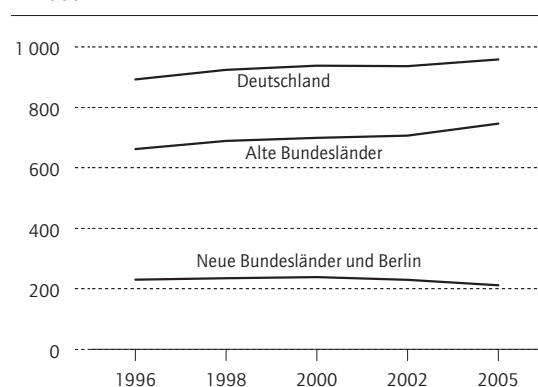
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Abbildung 1

Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen

In 1 000



Quelle: Statistisches Bundesamt.

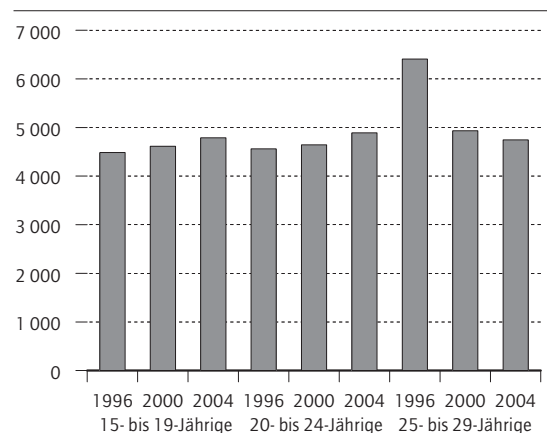
DIW Berlin 2007

Zugangsberechtigungen für Fachhochschulen werden im Wesentlichen nicht in allgemeinbildenden, sondern in beruflichen Schulen (Fachoberschulen) erworben. Derartige Abschlüsse werden häufiger in West- als in Ostdeutschland erzielt – so konnte in den alten Bundesländern 2005 jeder Achte erfolgreiche Schulabgänger einen Fachoberschulabschluss vorweisen – im Osten war es lediglich jeder Vierzehnte. Weil aber in den neuen Bundesländern vergleichsweise viele die Schule mit einem Abitur abschließen, gibt es zwischen West und Ost insgesamt betrachtet keine Unterschiede beim An-

Abbildung 2

Bevölkerung im Alter von 15 bis 29 Jahren

In 1 000



Quelle: Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2007

teil der Absolventen mit einer Hochschulzugangsberechtigung.¹ Deren Zahl ist in Deutschland in den letzten Jahren gestiegen² – besonders gilt das für die Fachoberschulabschlüsse. Weil zudem die Zahl der Schüler in der Sekundarstufe II steigt,³ ist damit zu rechnen, dass der Anteil der Schulabgänger mit Hochschulzugangsberechtigungen noch weiter zunimmt.

Unzureichendes betriebliches Ausbildungsplatzangebot

Die Zahl der Lehrstellen ging nach 2000 in Deutschland spürbar zurück (Tabelle 2). Erst im vergangenen Jahr stieg sie wieder; offensichtlich ist das Ausbildungsverhalten der Unternehmen prozyklisch. Vor allem in den alten Bundesländern wurden 2006 vermehrt neue Ausbildungsverträge abgeschlossen (+4,8% im Vergleich zu 2005), in Ostdeutschland fiel der Anstieg viel geringer aus (+0,9%). Nach dem letzten konjunkturellen Hoch war zudem der Rückgang an Ausbildungsstellen im Osten (einschließlich Berlins) deutlich stärker ausgeprägt gewesen (2000 bis 2005: 15%) als im Westen (7%).⁴

1 Im Jahr 2005 waren es nach den Schulstatistiken des Statistischen Bundesamtes 34% aller erfolgreichen Schulabgänger in Westdeutschland und 35% in Ostdeutschland.

2 Sie stieg im m Zeitraum von 2000 bis 2005 von 947 000 auf 1,1 Mill.

3 Sie stieg in den allgemeinbildenden Schulen von 2003 bis 2005 um 70 000 auf 860 000 gewachsen.

4 Ursache dafür ist, dass sich in Ostdeutschland die abhängige Beschäftigung in diesem Zeitraum deutlich ungünstiger als in den alten Bundesländern entwickelt hat. So veränderte sich von 2000 bis 2005 im Westen die Zahl der Arbeitnehmer kaum, im Osten ging sie um 7% zurück. Dort fiel auch der letztjährige Beschäftigungsanstieg schwächer aus als in den alten Ländern.

Tabelle 2

Auszubildende und Ausbildungsabbrecher

	Auszubildende				Ausbildungsabbrecher	
	Bestand		Darunter: mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag			Anteil an allen Auszubildenden
	Anzahl	1996 = 100	Anzahl	1996 = 100	Anzahl	In %
1996	1 592 227	100	579 375	100	129 857	8,2
1997	1 622 208	102	597 800	103	127 405	7,9
1998	1 657 764	104	611 831	106	134 683	8,1
1999	1 698 329	107	635 559	110	144 545	8,5
2000	1 702 017	107	622 967	108	156 408	9,2
2001	1 684 669	106	609 576	105	155 588	9,2
2002	1 622 441	102	568 082	98	151 388	9,3
2003	1 581 629	99	564 493	97	133 481	8,4
2004	1 564 064	98	571 978	99	126 556	8,1
2005	1 553 437	98	559 061	97	118 270	7,6
2006	1 570 615	99	581 181	100	119 399	7,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

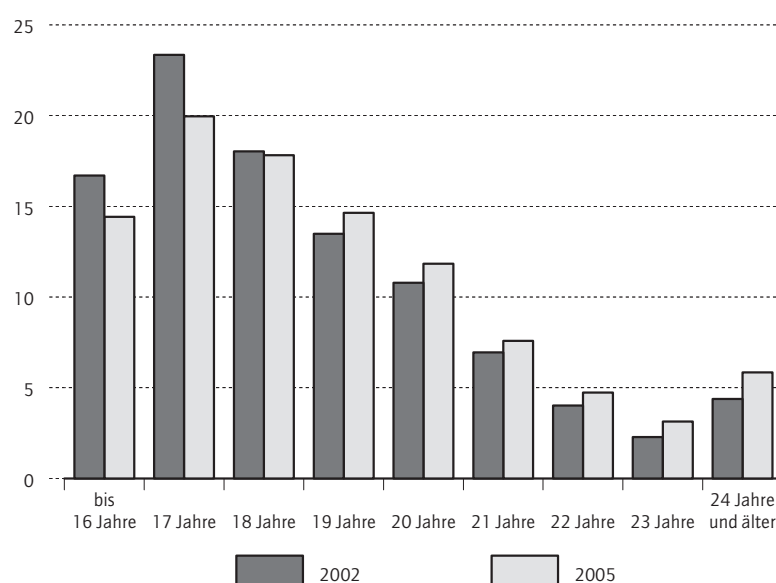
Gleichzeitig hat die Nachfrage nach Lehrstellen zugenommen (Tabelle 3). Infolgedessen hat sich der Bestand an nicht vermittelten Lehrstellenbewerbern aufgebaut. Dass die Zahlen in der amtlichen Statistik nicht noch höher ausfallen, ist auch auf die Bereitstellung staatlicher oder von der Bundesagentur für Arbeit finanzierter schulischer oder betriebsnaher Maßnahmen für nicht vermittelte Jugendliche zurückzuführen. Nicht wenige der Jugendlichen fragen nach Abschluss der Maßnahme wieder einen Ausbildungsplatz nach. Diese „Warteschleifen“ haben sicherlich dazu beigetragen, dass sich die Altersstruktur der Auszubildenden nach oben verschoben hat (Abbildung 3).

Die Unternehmen konnten sich wegen des Nachfrageüberschusses die besten Bewerber bei der Einstellung von Auszubildenden aussuchen. Wohl auch deshalb ist der Anteil Auszubildender mit Abitur oder Fachoberschulabschluss gestiegen. Lehrstellenbewerber mit einem Hauptschulabschluss oder gar ohne einen solchen wurden im Jahr 2005 noch weniger akzeptiert als die Jahre zuvor (Tabelle 4). Ausbildungsplätze, die 2005 zu einem relativ großen Teil mit Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss besetzt wurden, waren Werker im Garten- und Land-

Abbildung 3

Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach dem Alter

Anteile in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Tabelle 3

Kennziffern zur Ausbildungsplatzsituation

Ausbildungsjahr ¹	Im Laufe des Ausbildungsjahres gemeldete ...		Am Ende des Ausbildungsjahres nicht vermittelte ...		Defizit beim Angebot an Lehrstellen
	Ausbildungsplatzbewerber	Ausbildungsplätze	Ausbildungsplatzbewerber	Ausbildungsplätze	
2001/2002	711 393	586 144	18 005	23 383	5 378
2002/2003	719 571	546 660	14 840	35 015	20 175
2003/2004	736 109	519 899	13 378	44 084	30 706
2004/2005	740 961	471 516	12 636	40 504	27 868
2005/2006	763 097	459 202	–	–	–

¹ Oktober bis September.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Tabelle 4

Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach ihrer schulischen Vorbildung

Anteile in %

	2002	2005
Ohne Hauptschulabschluss	2,9	2,4
Mit Hauptschulabschluss	32,2	28,4
Mit Realschulabschluss	38,0	36,9
Berufsvorbereitender Abschluss	12,6	15,8
Mit Fachoberschulabschluss/ Abitur	14,2	16,5
Insgesamt	100	100

Quellen: Statistisches Bundesamt;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

schaftsbau, hauswirtschaftliche Berufe, Holz- und Metallmaler sowie -bearbeiter, Gartenbaufachverkäufer und Verkaufshilfen. In diesen Ausbildungsberufen dürften in erheblichem Maße staatliche Hilfen Jugendlichen ohne Schulabschluss zu einer Lehrstelle verholfen haben.

Lehrberufe, in denen Personen mit Abitur oder einem Fachoberschulabschluss eingestellt werden, sind vor allem solche mit kaufmännischer Ausrichtung: Kaufleute generell, Buchhändler, Medienkaufleute, Veranstaltungskaufleute, Bank- und Versicherungskaufleute, Immobilienkaufleute, Steuerfachangestellte und Reisekaufleute. Auch für die Ausbildung als Mediengestalter und Biologielaboranten werden überwiegend Personen mit

Abitur oder Fachoberschulabschluss eingestellt. Dies gilt inzwischen auch für Sozialversicherungskaufleute. Offenkundig haben die Verwaltungen der gesetzlichen Sozialversicherung den Überhang an Lehrstellenbewerbern ebenfalls dazu genutzt, unter den Aspiranten schulisch besonders gut ausgebildete auszuwählen.

Das unzureichende Angebot an Lehrstellen hat sicherlich das Verhalten der Auszubildenden beeinflusst. Denn die Abbrecherquote ist in den letzten Jahren deutlich gesunken; sie entwickelt sich offenkundig antizyklisch.

Studienanfänger im Durchschnitt bereits 22 Jahre alt

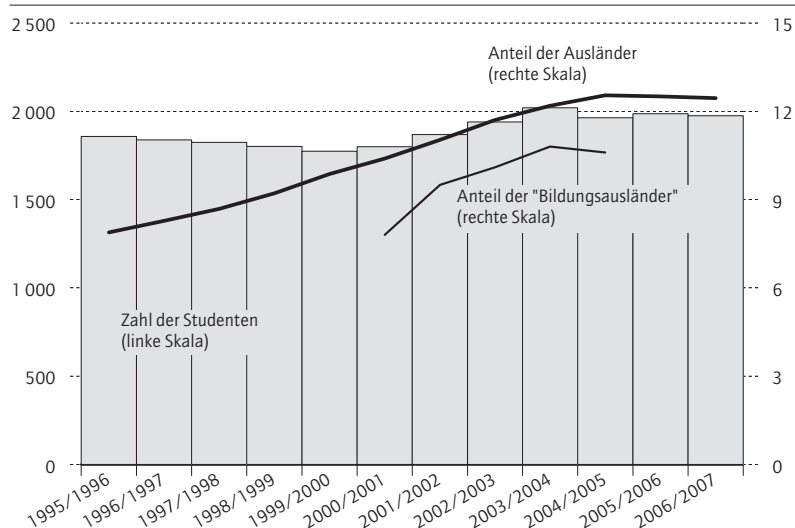
Nach Angaben der amtlichen Statistik ist die Zahl der in Deutschland Studierenden bis zum Wintersemester 2003/04 gestiegen (Abbildung 4). Seither bewegt sie sich auf einem konstanten Niveau. Die Aussagekraft der Daten ist allerdings eingeschränkt, denn es fällt auf, dass der Trendbruch bei der Studentenzahl im Wintersemester 2003/04 im Wesentlichen auf diejenigen Bundesländer zurückzuführen ist, die Studiengebühren eingeführt haben (Hessen und Nordrhein-Westfalen).⁵ Eine Reihe von Personen, die das Studium faktisch schon aufgegeben hatten, sich aber wegen materieller Vergünstigungen⁶ noch einschrieben, haben sich wegen der Studiengebühren offenbar exmatrikuliert. Daher gibt die amtliche Statistik inzwischen wohl ein vom *Niveau* her zutreffenderes Bild der tatsächlich Studierenden als früher; für die *Entwicklung* der Studentenzahl sind die Daten jedoch mit Vorsicht zu betrachten. Dies gilt auch für die ausländischen Studenten in Deutschland. Der allergrößte Teil der Studierenden mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft hat zuvor keine Schule hierzulande besucht hat, sondern ist wegen des Studiums nach Deutschland gekommen („Bildungsausländer“).

Insgesamt wird in Deutschland recht spät mit einem Studium begonnen. Im Schnitt sind Studienanfänger 22 Jahre alt. Ein Erststudium wird erst mit einem Durchschnittsalter von knapp 28 Jahren erfolgreich abgeschlossen. Nach amtlichen Angaben ist das Alter der Studierenden in den letzten Jahren leicht gesunken. Allerdings sind auch diese Angaben aufgrund der von der Einführung von Studiengebühren ausgehenden Effekte mit Vorsicht zu betrachten.

Abbildung 4

Zahl der Studenten und Ausländeranteil an den Studierenden

In 1 000



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

⁵ Inzwischen wurden in weiteren Ländern Studiengebühren eingeführt.

⁶ Etwa: Verbilligte Fahrten im öffentlichen Nahverkehr, günstigere Eintrittspreise qua Studentennachweis.

Erwerbsbeteiligung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen geht zurück

Auf Basis des Mikrozensus⁷ lässt sich ein Rückgang der Zahl jüngerer Erwerbspersonen (15 bis 29 Jahre) im Zeitraum von 1996 bis 2004 zeigen (Abbildung 5). Besonders ausgeprägt ist dies bei der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen; hier ist parallel zu der erhöhten Bildungsbeteiligung zugleich die Bevölkerungszahl geschrumpft.⁸

In der Gruppe der 20- bis 24-Jährigen hat der Anteil der Schüler und Studenten überdurchschnittlich zugenommen (Tabelle 5). Auch die Zahl der Auszubildenden ist in dieser Altersgruppe gewachsen – nicht zuletzt wegen des Anstiegs des durchschnittlichen Alters der Auszubildenden. Inzwischen ist weniger als die Hälfte der 20- bis 24-Jährigen erwerbstätig. Unter den 25- bis 29-Jährigen hat die Bildungsbe- teiligung etwas zugenommen.

Jüngere überdurchschnittlich von Erwerbslosigkeit betroffen

Von 2000 bis 2004 hat der Anteil der Erwerbslosen unter den Jüngeren zugenommen. Besonders stark

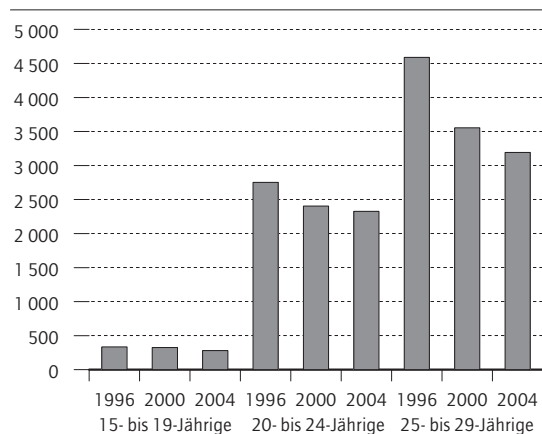
⁷ Beim Mikrozensus handelt es sich um eine amtliche Bevölkerungserhebung, mit der 1 % der Wohnbevölkerung erfasst werden soll. Für die Analyse wurden Scientific Use Files verwendet, die das Statistische Bundesamt der Wissenschaft zur Verfügung stellt. Diese Datensätze enthalten eine 70 %-Stichprobe des Mikrosensus.

⁸ Die Gruppe der 25- bis 29-Jährigen war im Jahr 1996 noch relativ stark besetzt, weil sie Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre geboren wurden, als die Verbesserung der Empfängnisverhütungsmittel sich noch nicht so stark auswirkte.

Abbildung 5

Junge Erwerbspersonen¹ nach Altersgruppen

In 1 000



¹ Erwerbstätige (ohne erwerbstätige Schüler und Studenten sowie ohne Auszubildende) und Erwerbslose im Alter von 15 bis 29 Jahren.

Quellen: Mikrozensus (Scientific Use File); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Tabelle 5

Jugendliche und junge Erwachsene nach ihrem Erwerbsstatus

Anteile in %

	Altersklassen in Jahren			
	15 bis 19	20 bis 24	25 bis 29	15 bis 29
1996 insgesamt	100	100	100	100
Nichterwerbstätige Schüler, Studenten	67,7	18,8	9,0	29,3
Erwerbstätige Schüler, Studenten	1,8	3,3	3,9	3,1
Auszubildende	20,5	9,1	1,1	9,2
Erwerbstätige ohne Schüler und Studenten	5,8	53,1	68,2	45,2
Erwerbslose	1,7	6,9	6,5	5,2
Nichterwerbspersonen	2,6	8,7	11,4	8,0
2000 insgesamt	100	100	100	100
Nichterwerbstätige Schüler, Studenten	66,9	20,1	8,2	31,7
Erwerbstätige Schüler, Studenten	3,5	5,1	4,9	4,5
Auszubildende	20,5	12,6	1,2	11,3
Erwerbstätige ohne Schüler und Studenten	5,5	48,2	69,5	41,2
Erwerbslose	1,5	5,8	5,3	4,2
Nichterwerbspersonen	2,1	8,2	11,0	7,1
2004 insgesamt	100	100	100	100
Nichterwerbstätige Schüler, Studenten	69,6	23,4	9,6	34,7
Erwerbstätige Schüler, Studenten	3,3	6,0	5,7	5,0
Auszubildende	18,5	12,8	1,5	11,1
Erwerbstätige ohne Schüler und Studenten	4,0	40,5	62,8	35,2
Erwerbslose	2,0	9,3	9,0	6,7
Nichterwerbspersonen	2,6	8,1	11,4	7,3

Quellen: Mikrozensus (Scientific Use File); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

war der Anstieg bei den über 20-Jährigen. Dies ist mit einem strukturellem Problem verbunden: Rund 40 % der erwerbslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben keinen Berufsabschluss (Tabelle 6). Daran hat sich seit Mitte der 90er Jahre kaum etwas geändert. Mit der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage seit 2004 hat sich allerdings auch die Erwerbslosigkeit bei den Personen mit einer betrieblichen Berufsausbildung verschärft. Unter den Nichterwerbspersonen – also jenen jungen Personen, die sich vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben und auch nicht an einer Ausbildung teilnehmen – ist der Anteil von Personen ohne berufliche Qualifikation beständig gestiegen.

Im europäischen Vergleich schnitt Deutschland mit Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit – amtlichen Daten zufolge – viele Jahre lang deutlich besser ab als andere Länder (Abbildung 6). Mit der konjunkturellen Eintrübung ab dem Jahr 2000 änderte sich aber das Bild, und die Jugenderwerbslosigkeit näherte sich dem Durchschnitt der EU-15 an.⁹ Mit dem jüngsten konjunkturellem Aufschwung verbesserte sich die Situation zwar wieder, dennoch sind auch in Deutschland Jugendliche nach wie vor überdurchschnittlich von Erwerbslosigkeit betrof-

⁹ Für einen Vergleich stehen zwar nur Daten über die Erwerbslosenquote (ILO-Konzept) der Personen unter 25 Jahren zur Verfügung, die zudem, weil sie auf Befragungen im Rahmen des Europäischen Labour Force Survey beruhen, zum Teil erheblichen Schwankungen im Zeitverlauf unterliegen, gleichwohl ist der Trend eindeutig.

Tabelle 6

Jugendliche und junge Erwachsene, die nicht in einer Ausbildung sind, nach ihrem Erwerbsstatus und ihrer Qualifikation

	Erwerbslose	Nichterwerbs- personen	Erwerbs- tätige ¹	Insgesamt
1996 insgesamt	100	100	100	100
Ohne Berufsabschluss	39,7	54,6	15,9	23,0
Lehre/Fachschule	56,0	41,8	76,0	69,8
Fachhochschul-/Hochschulabschluss	4,3	3,6	8,0	7,1
2000 insgesamt	100	100	100	100
Ohne Berufsabschluss	46,3	59,3	18,0	25,6
Lehre/Fachschule	50,6	37,3	74,0	67,4
Fachhochschul-/Hochschulabschluss	3,1	3,4	8,1	7,1
2004 insgesamt	100	100	100	100
Ohne Berufsabschluss	42,6	63,1	17,6	27,5
Lehre/Fachschule	54,5	33,6	73,8	65,5
Fachhochschul-/Hochschulabschluss	2,9	3,3	8,6	7,1

¹ Ohne Auszubildende und erwerbstätige Schüler und Studenten.

Quellen: Mikrozensus (Scientific Use File);
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

fen. Im April dieses Jahres waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 12,5% der 15- bis 24-Jährigen erwerbslos – unter den Erwerbspersonen ab 25 Jahren waren es dagegen 5,7%.¹⁰

**Demografische Entwicklung:
Nachwachsende Alterskohorten
werden kleiner**

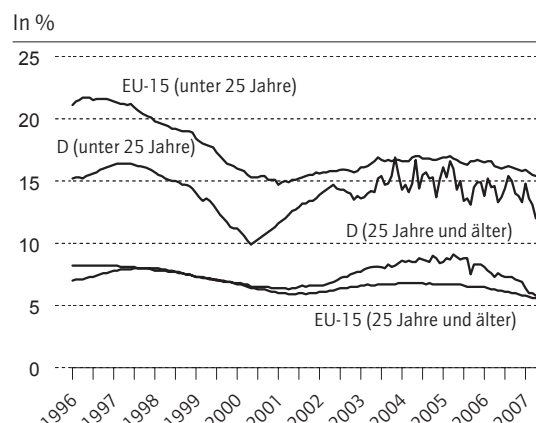
In absehbarer Zeit wird die Zahl der Jugendlichen deutlich schrumpfen – wie ein Blick auf die Altersverteilung der jungen Bevölkerung im Jahr 2005 zeigt (Abbildung 7). Besonders drastisch ist die Entwicklung in Ostdeutschland, wo nach der Wende die Geburten stark zurückgingen. Aber auch in den alten Bundesländern nimmt die Zahl der Personen ab, die ins erwerbsfähige Alter hineinwachsen. Da Zuwanderungen – anders als in den 90er Jahren – kaum noch ins Gewicht fallen,¹¹ wird in wenigen Jahren die Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen um ein Fünftel schrumpfen. Dies wird zunächst bei der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zu spüren sein. Der Überhang an bisher nicht versorgten Lehrstellenbewerbern wird sich rasch abbauen.¹² Bei den Studienplätzen wird indes wegen des sich abzeichnenden Anstiegs der Abiturentenzahl die

¹⁰ Die Bundesagentur für Arbeit weist indes für die Jugendlichen Arbeitslosenquoten aus, die regelmäßig niedriger sind als die gesamte Arbeitslosenquote. Bei den Daten der Bundesagentur handelt es sich um Verwaltungsdaten für ihre Geschäftstätigkeit. Wahrscheinlich melden sich viele Jugendliche bei den Arbeitsagenturen gar nicht – etwa weil sie keinen Anspruch auf Leistungen haben oder weil sie sich keine Arbeitsvermittlung versprechen.

¹¹ Vgl. Erika Schulz: Bevölkerungsentwicklung in West- und Ostdeutschland – Vorausschätzungen bis 2050. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 33/2004.

¹² Zumal zu erwarten ist, dass manche von ihnen wegen eines längeren Verbleibs in der Warteschleife das Interesse an einer betrieblichen Ausbildung verloren haben oder noch verlieren.

Abbildung 6

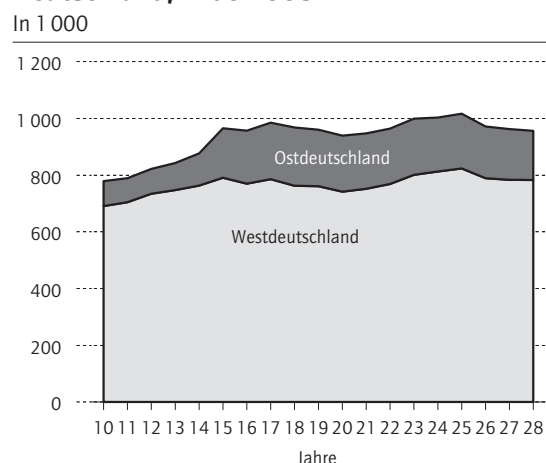
**Erwerbslosenquoten nach Altersgruppen
in Deutschland und in der EU-15¹**


¹ Saisonbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat.

DIW Berlin 2007

Abbildung 7

**Junge Einwohner nach Altersjahren in
Deutschland, Ende 2005**


Quelle: Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2007

Nachfrage zunächst noch wachsen und erst im Laufe des nächsten Jahrzehnts zurückgehen. Es sei denn, es kommt zu Veränderungen im Studienverhalten, wie es von der Politik angestrebt wird; sie will 40% eines Jahrgangs zu einem Studienabschluss führen.

Fazit

Seit Mitte der 90er Jahre ist die Bildungsbeteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gestiegen. Dies ist auch im Zusammenhang mit der schwierigen Arbeitsmarktlage zu sehen, die das

Ausweichen auf Alternativen erforderlich machte. In den kommenden Jahren wird sich im Zuge der demographischen Entwicklung die Zahl der Jüngeren erheblich verringern. Das ganze Ausmaß der Veränderungen wird aufgrund der hohen Bildungsbeteiligung unter den 15- bis 19-Jährigen aber erst mit Zeitverzug auf dem Arbeitsmarkt sichtbar werden.

Angesichts dieser Perspektiven stehen Politik und Unternehmen vor großen Herausforderungen. Ein prozyklisches Ausbildungsverhalten der Unternehmen mag aus betriebswirtschaftlicher Sicht gerechtfertigt sein, verhindert aber – nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer in der Regel drei Jahre dauernden betrieblichen Ausbildung –, dass im Aufschwung ausreichend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Zudem sollte nicht aus dem Auge verloren werden, dass auf Dauer Fachkräfte in Deutschland knapp werden.¹³ Die Unternehmen müssen sich darauf mit einer entsprechenden Personalplanung einstellen.

Vor allem in Ostdeutschland dürfte alsbald die Nachfrage nach Lehrstellen zurückgehen, sodass der Mangel an Ausbildungsplätzen rasch in einen Mangel an Ausbildungsplatzbewerbern umschlagen wird. In den alten Bundesländern dürfte dies durch einen Rückgang der Zuwanderung von jungen Menschen aus dem Osten spürbar werden.

Ein Hochlohnland wie Deutschland muss darauf setzen, einen möglichst großen Teil der nachwach-

senden Generation gut auszubilden. Sinnvoll ist es zum Beispiel, in einzelnen Ausbildungsbereichen die Ausbildungszeiten zu verkürzen, etwa durch die Vermeidung von Leerlauf und die „Entrümpelung“ der Curricula. Dadurch wäre es möglich, die Schulzeit bis zum Abitur zu verkürzen und die betriebliche Berufsausbildung zu straffen. Ähnliches sollte auch im akademischen Sektor geschehen, mit dem Ziel, die Studienzeit – soweit sinnvoll – zu verkürzen. Es spricht zudem einiges dafür, dass ein früherer Zugang zu einem Studium durch Zulassungsbeschränkungen infolge eines Mangels an Studienplätzen behindert wird. Mit den Beschlüssen von Bund und Ländern im Rahmen des „Hochschulpakts 2020“, die Zahl der Studienplätze deutlich (um mehr als 90 000) auszuweiten, wurden Schritte in die richtige Richtung getan.¹⁴

Detaillierte Vorhersagen der in einigen Jahren oder gar Jahrzehnten benötigten beruflichen und akademischen Qualifikationen sind immer mit Unsicherheiten behaftet. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird es immer wichtiger, bei der Ausbildung nachwachsender Generationen Fehlqualifikationen zu vermeiden und um so mehr Schlüsselqualifikationen zu vermitteln, die einen flexiblen Einsatz des gelernten Wissens in einer sich ständig wandelnden Welt ermöglichen. Deshalb liegt es nahe, die Zeit bis zum Berufseinstieg zu verkürzen und auf dem Wege des lebenslangen Lernens die Qualifikation stetig an neue Herausforderungen anzupassen.

JEL Classification:
J11, J21, J64

Keywords:
Youth,
labour force,
demographic trends,
students

¹³ Vgl. Bonin, H., Schneider, M., Quinke, H., Arens, T.: Zukunft von Bildung und Arbeit. Perspektiven von Arbeitskräftebedarf und -angebot bis 2020. IZA Research Report Nr. 9, Bonn 2007.

¹⁴ Zum Überblick vgl. www.bmbf.de/de/6142.php.

Ökonomische Wirkungen der Fußball-WM 2006 in Deutschland zum Teil überschätzt

Inzwischen liegen fünf Studien zu den volkswirtschaftlichen Wirkungen der Fußball-WM vor. Naturgemäß behandeln alle nur Teilaspekte, da die gesamte ökonomische Bedeutung des Sportereignisses mit seiner Vielzahl von Wechselwirkungen nicht quantifizierbar ist. Überhaupt nicht messbar sind z.B. die längerfristig wirkenden Imageeffekte. Bei vorliegenden Schätzungen zeigen sich zum Teil erhebliche Differenzen bezüglich des Ausmaßes der jeweils ermittelten Teilwirkungen. Eine vergleichende Bewertung der Studien führt zu der Schlussfolgerung, dass die Fußball-WM 2006 in Deutschland keine nennenswerten konjunkturellen Effekte hatte.

Karl Brenke
kbrenke@diw.de

Gert G. Wagner
gwagner@diw.de

Eine im Jahr 2006 erstellte Studie¹ des DIW Berlin kommt zu dem Schluss, dass von der WM lediglich keine spürbaren konjunkturellen Impulse ausgingen. Zwar gab es im Gastgewerbe eine zusätzliche Nachfrage, diese war aber zeitlich eng begrenzt und hatte keine nennenswerten gesamtwirtschaftlichen Wirkungen. Der Wirtschaftswissenschaftler Maennig² kommt in einer ähnlich konzipierten Studie, die teilweise stärker ins Detail geht, zu ähnlichen Schlussfolgerungen. In einer anderen Untersuchung zeigt er zusammen mit dem Ökonomen Hagn,³ dass an den WM-Standorten kein statistisch abgesicherter Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war. Die Deutsche Bundesbank ermittelte indes, die WM-Touristen aus dem Ausland hätten in Deutschland 1,5 Mrd. Euro ausgegeben, was im zweiten Quartal 2006 immerhin mit einem viertel Prozentpunkt zum Bruttoinlandsprodukt beigetragen habe.⁴ Auf eine noch größere Bedeutung kommen die Sportwissenschaftler Kurscheidt, Preuß und Schütte.⁵ Der „Primärimpuls“, der von der FIFA-

¹ Vgl. Brenke, K., Wagner, G. G.: Zum volkswirtschaftlichen Wert der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland. DIW Berlin Research Note 19/2007, Berlin, aufbauend auf einer Ex-ante-Analyse im Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 20/2006 (vgl. auch Brenke, K., Wagner, G. G.: The Soccer World Cup in Germany: A Major Sporting and Cultural Event – But Without Notable Short-Run Effect on the Economy as a Whole. Weekly Report – DIW Berlin electronic edition, Vol. 2 No. 3, 2006, 23–319).

² Maennig, W.: Ein Jahr danach – Eine ökonomische Nachlese zur Fußball-WM 2006. Wirtschaftsdienst, Heft 6, 2007, 378–386.

³ Hagn, F., Maennig, W.: Labour Market Effects of the 2006 Soccer World Cup in Germany. Hamburg Working Paper Series in Economic Policy Nr. 08/2007, Hamburg.

⁴ Vgl. Deutsche Bundesbank: Der WM-Effekt bei den Reiseverkehrseinnahmen in Deutschland. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, November 2006.

⁵ Vgl. ein von den Autoren freigegebenes Arbeitspapier: Preuß, H., Schütte, N., Kurscheidt, M.: Measuring the primary economic impact of visitors to mega-sport events – A case study at the FIFA World Cup 2006. Diese Studie wurde – so die einleitende Fußnote – „überwiegend“ (mostly) vom Bundesinstitut für Sportwissenschaft (Bonn), der HSW Luzern (ITW Institut für Tourismuswirtschaft) und dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) finanziert. Ergänzende Informationen: Preuß, H., Schütte, N., Kurscheidt, M.: Measuring the primary economic impact of visitors to mega-sport events – A case study at the FIFA World Cup 2006, Folien für eine Präsentation in Magglingen am 11. Mai 2007; Kurscheidt, M.: The „Strategic Event Management System“ (SEMS): A Novel Economic Approach to

WM ausging, betrug danach 2,8 Mrd. Euro und erhöhte über Multiplikatoreffekte das BIP um 3,2 Mrd. Euro.⁶ Dadurch wäre ein zusätzliches Arbeitsvolumen in der Größenordnung von 34 000 Arbeitsplätzen entstanden. Der Deutsche Fußball-Bund (DFB), der die Studie mitfinanziert hat, hebt hervor, dass sich dadurch Steuereinnahmen in Höhe von 1,27 Mrd. ergeben, die ausreichen, um die Investitionskosten (Stadionausbau) für die WM zu bestreiten.⁷ Von der WM wäre demnach der bundesdeutsche Steuerzahler nicht belastet worden.⁸ Die folgende kritische Bewertung vorliegender Studien konzentriert sich auf die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der WM 2006. Nur am Rande wird auf die kaum zu beantwortende Frage nach der Kosten-Nutzen-Bilanz eingegangen.⁹

Hagn und Maennig: Modellierung der Arbeitsmarktentlastungseffekte

Die Autoren messen den Konjunkturimpuls indirekt. Verglichen wird in einem komplexen Regressions-Modell die zeitnahe Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in denjenigen Städten, in denen die Fußball-WM stattfand, mit der in den übrigen großen Städten in Deutschland. Dabei kommen sie zu dem Befund, dass sich die Arbeitslosenzahlen in den WM-Standorten nicht signifikant besser als in der Vergleichsgruppe entwickelt haben.

Allerdings sind die Arbeitslosenzahlen nur ein bedingt tauglicher Indikator für die Beschäftigungsentwicklung. Einen zeitweiligen Beschäftigungszuwachs während der Fußball-WM hat es gewiss gegeben. Zu einem Teil wird es sich dabei allerdings um Überstunden gehandelt haben – etwa bei den Polizisten. Zudem dürfte die Beschäftigung bei solchen Personengruppen angezogen haben, die von der Arbeitslosenstatistik gar nicht erfasst werden – etwa bei Schülern und Studenten. Viele temporäre Jobs wurden nicht über die Arbeitsagenturen besetzt,

sondern über ein „Netzwerk“ qualifizierter Kräfte, das sich Unternehmen in Branchen mit entsprechenden Nachfragenspitzen für ihren Bedarf aufgebaut haben.¹⁰

Deutsche Bundesbank: Ermittlung der Ausgaben der WM-Gäste aus dem Ausland anhand des Reiseverkehrs

Die deutsche Bundesbank will darüber Auskunft geben, welchen Betrag Touristen aus dem Ausland wegen der Fußball-WM in Deutschland ausgegeben haben. Dabei greift sie auf die Berechnungen über die Reiseverkehrseinnahmen zurück, die sie im Rahmen ihrer Zahlungsbilanzstatistik durchführt. Allerdings stehen die Kalkulationen auf einem schwachen empirischen Fundament. Denn nach der Einführung des Euro als Zahlungsmittel ist die Erfassung grenzüberschreitender Zahlungsströme schwieriger geworden – das gilt insbesondere mit Blick auf die Bargeldtransfers.¹¹ Die bisherige Methode, solche Ströme über die Meldungen der Banken zum Umtausch von Zahlungsmitteln zu erfassen, wurde aufgegeben. Während für die Ermittlung der Reiseausgaben von Inländern im Ausland eine zufriedenstellende befragungsgestützte Ersatzlösung gefunden scheint, ist die Datenlage bezüglich ausländischer Reisender nach Deutschland sehr problematisch.¹² Deren Reiseausgaben werden anhand von Angaben der Geldinstitute über die Zahlungen mit EC- und Kreditkarten sowie durch Überweisungen erfasst. Zur Überprüfung der ermittelten Werte erfolgt ein Abgleich mit der Beherbergungsstatistik.

Obwohl auch die Deutsche Bundesbank die Daten zu den Ausgaben der Gäste aus dem Ausland in Deutschland als problematisch ansieht, stellt sie auf dieser Basis Berechnungen über den WM-Effekt an. Sie macht dabei sogar Aussagen darüber, was die Touristen in den einzelnen Monaten ausgegeben haben, auch wenn die Angaben der Geldinstitute über die EC- und Kreditkartenzahlungen zeitlich nicht genau zuzuordnen sind.

Insgesamt kommt die Bundesbank zu dem Befund, dass mehr als die Hälfte der zusätzlichen Reiseverkehrseinnahmen Deutschlands im Jahr 2006 den auf die Monate Mai bis Juli entfallenden Ausgaben der WM-Gäste zurückzurechnen sind.¹³ Zwei Drittel der Mehreinnahmen von 1,5 Mrd. Euro stammen aus

the Evaluation and Management of Major Sporting Events. Paper proposal for the 2007 NASSM Conference, May 31 – June 2, Ft. Lauderdale, FL, USA.

⁶ Die Bundesregierung geht von einem BIP-Zuwachs von mindestens 2 Mrd. Euro aus. Vgl. Bundesministerium des Inneren: Die Welt zu Gast bei Freunden – Bilanz der Bundesregierung zur FIFA Fußball-Weltmeisterschaft 2006, Berlin im August 2006, 1.

⁷ Vgl. z.B. Schauburger, U.: Franz – Seine WM eine Milliarden-Story, Bild, 9. Juni 2007, 18, oder Derichs, G.: Fußball-WM hat Wirtschaft beflügelt – Keine Belastung für Steuerzahler, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 131, 9. Juni 2007, 28.

⁸ DFB-Generalsekretär Schmidt ordnet Studie und WM wie folgt ein: „Wir haben die WM nicht wegen des erwarteten volkswirtschaftlichen Gewinns ausgerichtet. Gleichzeitig können wir mit Genugtuung konstatieren, dass die staatlichen Investitionen etwa beim Stadionbau oder in die Infrastruktur durch die erzielten gesamtwirtschaftlichen Wirkungen voll ausgeglichen wurden“ (nach Derichs, G., a. a. O.).

⁹ Für einen neuen Überblick vgl. Barget, E., Gouguet, J.-J.: The Total Economic Value of Sporting Events: Theory and Practice. Journal of Sports Economics, Vol. 8, No. 2, 2007, 165–182. Vgl. auch für einen Versuch in Deutschland Gans, P., Horn, M., Zemmann, Ch.: Sportgroßveranstaltungen – ökonomische, ökologische und soziale Wirkungen. Bd. 112 der Schriftenreihe des Bundesinstituts für Sportwissenschaft. Schorndorf.

¹⁰ Oßberger, B.: Das Job-Wunder lässt auf sich warten. Welt am Sonntag, 23. April 2006, und Rhein-Main-Zeitung der FAZ: Fußball-WM nutzt Wirtschaft wenig, 8. Juni 2007, 130 (22), 47.

¹¹ Deutsche Bundesbank: Zur Erfassung des Reiseverkehrs in der Zahlungsbilanzstatistik ab Januar 2001. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, März 2003, 62 f.

¹² Ebenda, 63.

¹³ Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz im Jahr 2006. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, März 2007.

EU-Ländern. Vor dem Hintergrund der Daten der Beherbergungsstatistik scheint dieser Befund auf den ersten Blick plausibel zu sein, denn reichlich die Hälfte des Wachstums bei den Übernachtungen (Vergleich der Jahre 2006 und 2007) entfällt auf die besagten Monate. Allerdings gab es auch in allen anderen Monaten des Jahres 2006 höhere Zahlen bei den Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland als 2005. Es ist ein genereller Trend zu einem verstärkten Reiseverkehr nach Deutschland festzustellen. Das war auch in den Jahren zuvor – nicht zuletzt in den Sommermonaten – zu beobachten. Soll der WM-Effekt bestimmt werden, gilt es, das nicht trendbedingte Wachstum zu ermitteln. Des Weiteren führt die Bundesbank aus, die WM-bedingten Ausgaben der Auslandsgäste hätten das Bruttoinlandsprodukt um einen viertel Prozentpunkt gesteigert. Die besagten 1,5 Mrd. entsprechen genau diesem Wert. In Rechnung zu stellen ist jedoch, dass – worauf die Bundesbank selbst hinweist –, ein erheblicher Teil der Ausgaben auf die Verkäufe von Eintrittskarten entfällt, die Dienstleistungsimporte darstellen, weil die FIFA mit Sitz in der Schweiz sie als Veranstalter verkauft hat.¹⁴

Preuß, Schütte und Kurscheidt: Umfragegestützte Berechnung von WM-Effekten

Primäreffekt ...

Die vom DFB vorgestellte Studie der Universitäten Mainz und Bochum¹⁵ hat die Ausgaben von WM-Besuchern mithilfe von Umfragen vor einer Reihe von Stadien sowie bei Public-Viewing-Events auf Basis einer großen Stichprobe ermittelt, deren Ergebnisse mithilfe von Eckzahlen hochgerechnet werden.

Einige Informationen über die Grundgesamtheit gibt es für die Stadionbesucher. Was die Zahl der Besucher von Public-Viewing-Veranstaltungen anbelangt, kann man sich nur auf die in der Presse genannten Angaben beziehen. Da die Grundgesamtheit für diese Stichprobe nicht bekannt ist, ist sie schwer hochrechenbar; dabei hilft auch nicht, dass die Stichprobe mit rund 4100 Befragten auf den Fanmeilen recht groß ist.¹⁶

Die zentralen Aussagen der Studie zielen auf im Ausland wohnende WM-Gäste, die nur wegen der Sportveranstaltung nach Deutschland gereist sind, sowie auf solche, die wegen der WM ihren Aufenthalt hier verlängert haben. Zudem werden in Deutschland wohnende Personen in den Blick genommen, die wegen der Fußball-WM auf eine Reise ins Ausland verzichtet und sie nicht nur innerhalb des WM-Jahres verschoben haben. Die Ausgaben dieser Gruppen (Ausländer und Nicht-auslandsreisende) ergeben einen Primäreffekt von 2,8 Mrd. Euro.

Wie es zu dem Primäreffekt kommt, lässt sich anhand des bisher veröffentlichten Materials nicht vollständig nachvollziehen.¹⁷ Aus den Ausführungen ist allerdings erkennbar, dass – wie bei der Bundesbank – die Ausgaben für Eintrittskarten in die im Inland wirkenden Impulse einbezogen wurden. Bei manchen Gruppen scheinen die Ticketpreise indes einen großen Anteil an den gesamten Ausgaben zu haben. Dies heben die Autoren für diejenigen Stadionbesucher hervor, die in Deutschland wohnen und wegen der WM nicht verreist sind; sie gaben als Tagesgäste 229,30 Euro pro Tag aus, als Übernachtungsgäste waren es bei dieser Gruppe 1,50 Euro mehr.

Anhand der in der Studie verstreuten Informationen lassen sich einige Kalkulationen anstellen. Ermittelt wurde von den Autoren, dass aus dem Ausland knapp 300000 Personen wegen der WM kamen, die allein an den Public-Viewing-Veranstaltungen teilnahmen. Für diese werden Ausgaben in Deutschland von 1,09 Mrd. Euro angegeben. Wie lange sie hier blieben, bleibt unklar – ebenso, wie groß unter ihnen die Zahl der Übernachtungsgäste im Gastgewerbe war. Pro Kopf hätten diese Gäste demnach knapp 3700 Euro ausgegeben – ein enormer Betrag, auch wenn man berücksichtigt, dass manche dieser Besucher möglicherweise Angehörige oder Freunde mitgebracht haben, die nicht an Public-Viewing teilgenommen haben und sonst nicht nach Deutschland gekommen wären. Überschlüssig berechnen lassen sich nach den in der Studie gemachten Angaben ebenfalls die Ausgaben der Stadionbesucher aus dem Ausland. Bei insgesamt 420000 Gästen beliefen sich die Ausgaben auf 1,47 Mrd. Euro – pro Kopf wären dies 3500 Euro. Auch hier ist zu berücksichtigen, dass Freunde oder Angehörige mitgereist seien können, die nicht in einem Stadion waren. Andererseits sind diejenigen Gäste aus dem Ausland bei der Kalkulation auszuklammern, die auch ohne WM die Bundesrepublik besucht hätten.

¹⁴ Deutsche Bundesbank 2006, 43. Ein Teil der Ticketeinnahmen ist allerdings an die Bundesrepublik zurückgefließen, nach Angaben der FIFA 40 Mill. Euro in Form von Steuern. Siehe <http://wm2006.deutschland.de/DE/Content/WMAktuell/UnsereThemen/2006/07-12-2006-abschlussbericht.html>.

¹⁵ Preuß, H. et al., a. a. O.

¹⁶ Bislang sind die Feinheiten der Stichprobenziehung und der Hochrechnung noch nicht detailliert veröffentlicht worden. Da die Studie bereits auf internationalen Tagungen von Sportökonomien und -managern vorgestellt wurde, ist anzunehmen, dass es keine grundsätzlichen Probleme in dieser Hinsicht gibt.

¹⁷ Angekündigt ist allerdings eine weitere Veröffentlichung, die möglicherweise mehr an Informationen bietet. Die theoretisch-konzeptionellen Grundlagen, die explizit auch Verdrängungseffekte durch Event-Touristen berücksichtigen, sind nachzulesen bei Preuß, H.: The Economic Impact of Visitors at Major-sport Events. *European Sport Management Quarterly*, 5 (3), 2005, 281–301.

Pro-Kopf-Ausgaben in der Größenordnung, wie sie sich nach den Angaben in der Studie ergeben, erscheinen weit überhöht zu sein, zumal ein erheblicher Teil der Kosten für die Anreise zu Recht unberücksichtigt bleibt und die Besucher aus dem Ausland im Schnitt recht jung waren (Stadionbesucher: knapp 30 Jahre; Public-Viewer: knapp 34 Jahre).

Nicht betrachtet werden in der Studie die die Wirtschaftsleistung dämpfenden Impulse der Fußball-WM. Dazu gehören Verdrängungseffekte bei ausländischen Touristen, die wegen des Ereignisses Deutschland gemieden haben, und Reaktionen von in Deutschland Wohnenden, die wegen der WM das Land verlassen haben – etwa weil sie dem Trubel entgehen wollten.¹⁸

... und gesamtwirtschaftlicher Impuls

Preuß et al. nutzen das INFORGE-Modell, um die gesamtwirtschaftlichen Impulse der Ausgaben von WM-Touristen aus dem Ausland, sowie von Inländern, die wegen der WM auf einen Auslandsurlaub verzichtet haben, zu simulieren.¹⁹ Mit dem Modell wird versucht, den volkswirtschaftlichen Kreislauf in seinen vielfältigen Zusammenhängen und Wechselwirkungen abzubilden. Die Datenbasis besteht vor allem aus der amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Die Verwendung von makro-ökonomischen Kreislaufmodellen zur Bestimmung der Effekte sehr spezieller wirtschaftlich relevanter Ereignisse steht allerdings nicht auf einem besonders festen Fundament. Besonders problematisch ist, dass dabei zwangsläufig mit groben Annahmen gearbeitet werden muss. Wenn beispielsweise WM-bedingte Mehrausgaben einem Wirtschaftszweig, z.B. dem Einzelhandel, zugeordnet werden, wird für die weiteren Rechnungen unterstellt, dass diese Ausgaben typisch sind für die übliche Nachfrage nach Gütern des Einzelhandels. Dies ist aber nicht der Fall. So dürften die WM-Besucher im Einzelhandel in überdurchschnittlichem Maße (alkoholische) Getränke gekauft haben – kaum dagegen dauerhafte Güter wie Möbel. Und ihre Nachfrage nach Leistungen des Wirtschaftszweigs „Sport, Kultur und Unterhaltung“ dürfte im Wesentlichen aus Käufen von WM-Tickets bestanden haben, die einen erheblichen Teil der gesamten Ausgaben der WM-Besucher ausmachten. Die Käufe von WM-Tickets ziehen

jedoch ganz andere Kreislauffeffekte nach sich als etwa der Erwerb von Eintrittskarten von Museen oder Theateraufführungen. Bei den WM-Tickets handelt es sich um den Import von Dienstleistungen aus der Schweiz, dem Sitz der FIFA. Bei Theateraufführungen liegt der Ort der Leistungserbringung dagegen in der Regel im Inland.

Wie stark die Verzerrungen aufgrund solcher vereinfachenden – von der Datensituation erzwungenen – Annahmen sind, ist kaum zu ermitteln. Insgesamt erscheint der berechnete gesamtwirtschaftliche Impuls wenig plausibel. Nach Preuss et al. haben die WM-bedingten zusätzlichen Konsumausgaben von 2,8 Mrd. Euro eine Erhöhung der Wirtschaftsleistung um 3,2 Mrd. Euro erbracht; dies wären knapp 5 % des gesamten wirtschaftlichen Wachstums Deutschlands im Jahr 2006 gewesen. Das zusätzliche Arbeitsvolumen wird in der Studie auf 34000 Stellen geschätzt – 13 % des gesamten Beschäftigungsaufbaus. Die Beiträge zum Wachstum der Wirtschaftsleistung und zu dem der Beschäftigung unterscheiden sich somit stark voneinander. Gewiss dürfte zusätzliche Beschäftigung in weniger produktiven Bereichen entstanden sein, allerdings ist die Differenz der Wachstumsbeiträge bei der Wirtschaftsleistung und bei der Beschäftigung so groß, dass die Modellergebnisse wenig überzeugen. Denn es ist davon auszugehen, dass in denjenigen Wirtschaftsbereichen, in denen wegen der WM eine erhöhte Nachfrage entstanden ist, die Arbeitsproduktivität gesteigert worden ist. Träfen die Schätzungen zum Ausmaß des zusätzlichen Arbeitsvolumens zu, wäre 2006 durch die WM mehr Beschäftigung entstanden als im gesamten Wirtschaftsbereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr.²⁰

DIW Berlin sowie Maennig: Partialanalyse anhand amtlicher Statistiken

Das DIW Berlin und Maennig betrachten bei seiner Abschätzung der wirtschaftlichen Effekte der WM einschlägige amtliche Statistiken, insbesondere die Zahl der Übernachtungen von Ausländern. Die Informationen dazu beruhen auf amtlichen Erhebungen.

Im Jahr 2006 ist die Zahl der Übernachtungen in denjenigen Monaten, die zeitlich der Fußball-WM zuzuordnen sind, ungewöhnlich stark gestiegen, insbesondere im Juni, dem Monat mit den meisten Spielen. Allerdings dürfte der Zuwachs nur zum Teil WM-bedingt sein, denn es ist in Rechnung zu stellen, dass es auch in den Monaten vor und nach

¹⁸ Maennig, W., a. a. O., weist darauf hin, dass z.B. Mallorca voll ausgebucht war, weil offenbar deutsche Fußballfans es vorzogen, dort im Urlaub – ungestört von den Pflichten der Erwerbstätigkeit – die WM vor dem Fernsehschirm bzw. beim Public-Viewing zu genießen.

¹⁹ Vgl. für die konzeptionellen Grundlagen einer derartigen Simulation Preuß, H.: Calculating the Regional Economic Impact of the Olympic Games. European Sport Management Quarterly, 4/2004, 234–253. Auf welche Weise die Ausgaben in das Modell einbezogen wurden, wird in der hier diskutierten Studie nicht aufgeführt.

²⁰ In diesem Bereich war die Zahl der Erwerbstätigen 2006 um 23 000 höher als im Jahr zuvor.

der WM Zuwächse gab. Dies entspricht dem Trend, denn seit einigen Jahren nehmen in Deutschland die Übernachtungen im Beherbergungsgewerbe von Gästen aus dem Ausland zu. Der Anstieg der Übernachtungen in den WM-relevanten Monaten darf also nicht allein dem Fußballereignis zugeschrieben werden. In einer überschlägigen Rechnung kommt das DIW Berlin per Saldo zu zusätzlichen Übernachtungen im Gastgewerbe (WM-bedingte Übernachtungen abzüglich der Verdrängungseffekte bei den Gästen aus dem Ausland²¹ in Höhe von etwa 1,6 Mill. Unterstellt, dass ein Übernachtungsgast je Tag und Person insgesamt 200 Euro ausgab (ohne WM-Tickets), und dass noch Personen hinzuzurechnen sind (mit allerdings deutlich geringeren Ausgaben), die bei Freunden, Bekannten oder in ihrem eigenen Auto untergekommen sind, beläuft sich der WM-„Primär“-Effekt auf maximal eine halbe Mrd. Euro.²² Was den Einzelhandel anbelangt, konnten für die Monate, in denen die Fußball-WM stattfand, keinerlei Besonderheiten bei der Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung festgestellt werden.

Anhand eines aufwendigen Saisonbereinigungsverfahrens (BV4), als es der vom DIW Berlin angewendete monatliche Vorjahresvergleich ist, kommt Maennig bezüglich der Übernachtungen und der Einzelhandelsumsätze zu ähnlichen Ergebnissen wie das DIW Berlin. Diese Befunde stehen im Einklang mit der internationalen Literatur zur gesamtwirtschaftlichen Bedeutung von Sportereignissen in (großen) Volkswirtschaften.²³

21 Die von WM-Touristen belegten Zimmer und Campingplätze konnten von normalen Touristen nicht genutzt werden. Außerdem ist es wahrscheinlich, dass potentielle Touristen und vor allem Geschäfts- und Tagungsreisende sich vom WM-Trubel haben abschrecken lassen. Da und dort kann es sogar aufgrund nicht genutzter Buchungskontingente zu Leerständen gekommen sein. Das Übernachtungsgewerbe war jedenfalls von der WM nicht einhellig begeistert. Maennig berichtet, dass in Berlin und München die Auslastungszahlen der Hotels im Juni 2006 im Vergleich zum Vorjahresmonat um etwa 10 % zurückgingen. (Vgl. Maennig, W., a. a. O.)

22 Nach Angaben des Deutschen Tourismusverbandes beliefen sich 2004 die gesamten Tagesausgaben eines Gastes im deutschen Städtetourismus, der ein gewerbliches Übernachtungsangebot in Anspruch nahm, auf 128,80 Euro. Jemand, der bei Freunden oder Bekannten übernachtete, gab pro Tag 33,60 Euro aus. Deutscher Tourismusverband e. V. (Hrsg.): Städte- und Kulturtourismus in Deutschland. Langfassung. Bonn 2006, 54.

23 Vgl. auch die jüngste Studie zu den langfristigen Effekten der Olympischen Spiele in München 1972 und der Fußball-WM 1974 in Deutschland. Jasmund, S., Maennig, W.: Regional Income and Employment Effects of the 1972 Munich Olympic Summer Games. Working Paper Series „International association of Sports Economics“ Paper No. 07-12, Hamburg 2007 und Hagn, F., Maennig, W.: Short-term to long-term employment effects of the Football World Cup 1974 in Germany, Hamburg Working Paper Series in Economic Policy Nr. 09/2007, Hamburg 2007. In kleinen Volkswirtschaften kann das anders aussehen. Hier spielen dann freilich auch die Kosten eine größere Rolle. So war in Griechenland ein „Olympiaboom“ durchaus sichtbar, der jedoch keineswegs nachhaltig war (vgl. Kuntze, O.-E.: Griechenland: Deutliche Konjunkturabschwächung nach Olympiaboom. ifo Schnelldienst, 57 (9) 2004, 23–31. Der US-Ökonom Matheson fasst seinen Überblick so zusammen: "While most sport boosters claim that mega-events provide host cities with large economic returns, these

Fazit

Alle Studien über die ökonomischen Effekte der Fußball-WM 2006 in Deutschland kommen zu dem Ergebnis, dass diese eher gering waren. Maennig konstatiert keine statistisch signifikanten Wirkungen. Zu einem ähnlichen Befund kommt das DIW Berlin, das zwar einen vermehrten Zustrom von Gästen aus dem Ausland während der Austragung des Sportereignisses feststellt, diesen aber aus konjunktureller Sicht als eine völlig zu vernachlässigende Größe einschätzt. Stärkere Impulse ermittelte die Deutsche Bundesbank, aber auch sie sieht diese als zeitlich befristete Einmal-Effekte an. Mehr aus dem Rahmen fällt die Analyse von Preuß et al., die immerhin knapp ein Sechstel des Beschäftigungsaufbaus im Jahr 2006 der Fußball-WM zuschreiben. Danach hätten sich die Ausgaben des Staates für die WM gelohnt, denn die WM-bedingten Steuereinnahmen werden höher veranschlagt als die Ausgaben. Gleichwohl bewerten auch diese Autoren die ökonomischen Effekte des Sportgroßereignisses als volkswirtschaftlich marginal.

Die Fußball-WM hat einen Beitrag zur Entwicklung der „Event-Industrie“ in Deutschland geleistet.²⁴ In reichen Volkswirtschaften bekommen – neben dem Gesundheitswesen aufgrund der Alterung der Gesellschaften – insbesondere Kultur und Sport eine immer größere Bedeutung. Und die Fußball-WM wurde ja nicht – wie auch der Deutsche Fußball-Bund betont – deshalb nach Deutschland geholt, damit sie den „Wirtschaftsstandort Deutschland“ voranbringt. Es ging vielmehr primär um einen großen Spaß – und nicht um volkswirtschaftliche Effekte.

Die Spiele haben einen im Ausland messbaren Bekanntheitseffekt für Deutschland als Standort gebracht, der von Maennig im Detail dargestellt wird.²⁵ Ob dieser Effekt²⁶ – basierend auf Umfragen, deren Bedeutung für wirtschaftliche und Reiseentscheidungen unbekannt ist – zu positiven Wirkungen in der Zukunft führt, muss offen bleiben.

same boosters present these figures as justification for receiving substantial public subsidies for hosting the games. The vast majority of independent academic studies of mega-events show the benefits to be a fraction of those claimed by event organizers". Vgl. Matheson, V. A.: Mega-Events: The effect of the world's biggest sporting events on local, regional and national economies. Working Paper Series „International Association of Sport Economists“, Paper No. 06-22, Worcester, MA 2006, 21.

24 Die Bundesregierung weist zu Recht darauf hin, dass auch mit speziellen Ladenöffnungszeiten während der WM wichtige Erfahrungen gewonnen werden konnten; vgl. Bundesministerium des Inneren, a. a. O., 47 f.

25 Vgl. Maennig, W., a. a. O., 3824 ff.

26 Auch die Bundesregierung betont das „Erfolgreiche Standort marketing“; vgl. Bundesministerium des Inneren, a. a. O., 27 ff.

JEL Classification:
L83

Keywords:
Sport event,
economic impact,
FIFA World Cup 2006

Richard V. Burkhauser, Shuaizhang Feng and Stephen P. Jenkins

**Using the P90/P10 Index to Measure US Inequality
Trends with Current Population Survey Data:
A View from Inside the Census Bureau Vaults**

The March Current Population Survey (CPS) is the primary data source for estimation of levels and trends in labor earnings and income inequality in the USA. Time-inconsistency problems related to top coding in these data have led many researchers to use the ratio of the 90th and 10th percentiles of these distributions (P90/P10) rather than a more traditional summary measure of inequality. With access to public use and restricted-access internal CPS data, and bounding methods, we show that using P90/P10 does not completely obviate time inconsistency problems, especially for household income inequality trends. Using internal data, we create consistent cell mean values for all top-coded public use values that, when used with public use data, closely track inequality trends in labor earnings and household income using internal data. But estimates of longer-term inequality trends with these corrected data based on P90/P10 differ from those based on the Gini coefficient. The choice of inequality measure matters.

Discussion Paper No. 699

June 2007

Stephen P. Jenkins and John Micklewright

New Directions in the Analysis of Inequality and Poverty

This study examines the relation between corporate governance practices measured by Transparency Disclosure Index (TDI) and dividend policy in Poland. Our empirical approach, constructs measures of the quality of the corporate governance for 110 non-financial companies listed on Warsaw Stock Exchange between 1998 and 2004. We find evidence that an increase in the TDI or its subindices leads to an increase in the dividend-to-cash-flow ratio. These results support the hypothesis that companies with weak shareholder rights pay dividends less generously than do firms with high corporate governance standards. Therefore, minority shareholders often use power to extract dividends. We also find that large and more profitable companies have a higher dividend payout ratio, while riskier and more indebted firms prefer to pay lower dividends.

Discussion Paper No. 700

June 2007

Dorothea Schäfer, Oleksandr Talavera and Volker Zimmermann

Venture Capital versus Bank Financing in Innovative German Firms

The paper investigates young firms' choice of capital source. Our theoretical model hypothesizes a positive (negative) relation between riskiness of the project (price of venture capital) and receiving informed equity. We test our predictions by employing a unique data set collected by KfW group. The theoretical framework is largely confirmed for the sample of bank financing and independent VC financing. However, the picture is less clear if the sample includes also public and bank-dependent VCs. In this case, empirical evidence is less compatible with theory, in particular the evidence on intrinsic project risk is inconclusive.

Discussion Paper No. 701

July 2007

Oskar Kowalewski, Ivan Stetsyuk and Oleksandr Talavera

Corporate Governance and Dividend Policy in Poland

This study examines the relation between corporate governance practices measured by Transparency Disclosure Index (TDI) and dividend policy in Poland. Our empirical approach, constructs measures of the quality of the corporate governance for 110 non-financial companies listed on Warsaw Stock Exchange between 1998 and 2004. We find evidence that an increase in the TDI or its subindices leads to an increase in the dividend-to-cash-flow ratio. These results support the hypothesis that companies with weak shareholder rights pay dividends less generously than do firms with high corporate governance standards. Therefore, minority shareholders often use power to extract dividends. We also find that large and more profitable companies have a higher dividend payout ratio, while riskier and more indebted firms prefer to pay lower dividends.

Discussion Paper No. 702

July 2007

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen als PDF-Dateien vor und können von den entsprechenden Webseiten des DIW Berlin heruntergeladen werden (<http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/index.html>).

The full text versions of the Discussion Papers are available in PDF format and can be downloaded from the DIW Berlin website (<http://www.diw.de/english/produkte/publikationen/index.html>).

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum, Berlin

Druck

Walter Grützmaier GmbH & Co. KG, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Information und Organisation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.

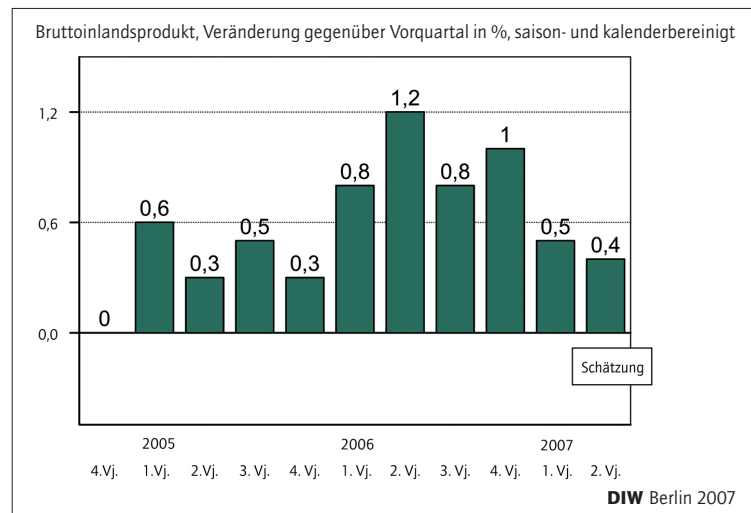
Das DIW-Konjunkturbarometer

Stand: 10. Juli 2007

Wachstumsabschwächung im zweiten Quartal bestätigt; Industrie legt deutlich zu, Bauwirtschaft fällt zurück

Das DIW-Konjunkturbarometer zeigt für die Entwicklung des saison- und kalenderbereinigten Bruttoinlandsproduktes im zweiten Quartal unverändert einen Zuwachs von 0,4 % gegenüber dem Vorquartal an, wobei sich allerdings die statistischen Risiken nach unten leicht erhöht haben. Damit bestätigt sich die bereits im Vormonat abzeichnende Entwicklung einer leichten Wachstumsabschwächung. Der erwartete Zuwachs der Wirtschaftsleistung von April bis Juni markiert den schwächsten Wert seit dem Schlussquartal des Jahres 2005. „Aufgrund der insgesamt positiven Aussichten für das weitere Jahr lässt dies noch nicht auf einen Abbruch des gegenwärtigen Aufschwungs schließen, jedoch bekommen allzu optimistische Erwartungen für das laufende Jahr einen Dämpfer“, sagte Stefan Kooths, Konjunkturforscher des DIW Berlin.

Zu deutlicheren Verschiebungen hinsichtlich der Wirtschaftsleistung kam es gegenüber der Vormonatsprognose innerhalb des sekundären Sektors: Während die Produktion im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) im Mai mit Ausnahme der Energieerzeugung eindeutig aufwärts gerichtet war, verstärkte sich die Abschwächung für die Bauwirtschaft. Damit bestätigt die Industriekonjunktur nach den schwachen Aprilzahlen wieder ihre insgesamt gut gefüllten Orderbüchern lassen darauf schließen, dass diese Entwicklung im weiteren Jahresverlauf anhält, wenn auch die Geschäftserwartungen im Juni merklich nachgaben. Für den Baubereich sind positive Wachstumsimpulse im weiteren Jahresverlauf hingegen nur noch aus dem Wirtschaftsbau zu erwarten, der von der günstigen Investitionskonjunktur profitieren kann. „Dadurch droht die Bauwirtschaft wieder konjunkturell zurück zu fallen“, stellte Klaus F. Zimmermann, Präsident des DIW Berlin, fest. Die realen Einzelhandelsumsätze haben im April erstmals nach der Mehrwertsteuererhöhung zum Jahresbeginn ihr Vorjahresniveau leicht übertroffen. Gegenüber dem Durchschnitt im ersten Quartal legten sie aber deutlich zu. Auch die realen Gaststättenumsätze erreichten nach dem deutlichen Rückgang zum Jahresauftakt zuletzt wieder ihr Vorjahresniveau. Bei kaum veränderten Großhandelsumsätzen und fortgesetzt schwachen Kfz-Zulassungszahlen ist für den Sektor „Handel, Gaststätten, Verkehr“ insgesamt nur mit einer geringfügigen Verbesserung der Wachstumsaussichten gegenüber der Vormonatsprognose zu rechnen. Für die übrigen Dienstleistungsbereiche ergibt sich kein wesentlich anderes Bild. Sie dürften leicht unterhalb des Vorquartalswachstums zulegen.



Das nächste DIW-Konjunkturbarometer wird am 15. August 2007 veröffentlicht (www.diw.de/deutsch/produkte/konjunkturbarometer).